



Das Ende des »Laissez-Faire«

Zur Debatte der Wirtschaftspolitik in den USA

■ von Frank Deppe

Noch vor wenigen Monaten ließ sich die politische und militärische Führung der USA als Triumphator der Weltgeschichte feiern. Hatte sie schon den Zusammenbruch des Sowjetkommunismus als Sieg des »amerikanischen Traumes« von Freiheit und Demokratie verstanden, so schien sich mit dem militärischen Schlag am persischen Golf der unumschränkte Führungsauftrag der USA für die »neue Weltordnung« nach dem Ende des Kalten Krieges zu bestätigen. Das »Vietnam-Syndrom« war endlich überwunden. Der Pessimismus der von *Paul Kennedy* ausgelösten Debatte über den Niedergang der USA¹ sowie über die Notwendigkeit einer neuen »multipolaren Ordnung« – mit einer geteilten Führerschaft² – wurde von einem geradezu überschäumenden Optimismus verdrängt. Der Kolumnist *Charles Krauthammer* faßte solche Stimmungen zusammen, als er im Februar 1991 in der Zeitschrift »Foreign Affairs« verkündete: »Die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges ist nicht multipolar. Sie ist unipolar. Das Zentrum der Weltmacht ist die unbestreitbare Supermacht, die Vereinigten Staaten von Amerika, begleitet von ihren westlichen Verbündeten...«³.

Obwohl das Interesse der Öffentlichkeit sich im Laufe des Jahres mehr und mehr auf den Krieg in Jugoslawien, auf den sich beschleunigenden Verfall der Sowjetunion sowie auf die wachsenden

Schwierigkeiten der EG im Vorfeld der Maastrichter Konferenz über die Fortführung der wirtschaftlichen und politischen Integration in den 90er Jahren richtete, blieb es gleichwohl nicht ganz verborgen, daß die kapitalistische Weltwirtschaft seit 1990 in eine rezessive Phase eingetreten ist und daß insbesondere in den USA die Euphorie der Siegerparaden schnell wieder in eine depressive Stimmung (»hang-over«) umgeschlagen ist, die der Popularität von George Bush erheblichen Schaden zufügt. Der Grund – so gerade *Christian Tenbrück* in der ZEIT: »Nach einem Jahrzehnt, das von Schulden, Spekulationen und Defiziten gekennzeichnet war, steckt die Wirtschaft der Vereinigten Staaten in einer tiefen Anpassungskrise. Bis sie vorüber ist, werden Jahre vergehen«.

Schwaches Wachstum, Riesenverluste der Industrie, Zusammenbrüche von Banken und Sparkassen, steigende private und öffentliche Verschuldung treiben

Frank Deppe ist Professor für Politikwissenschaften in Marburg.

¹ Paul Kennedy, *Der Aufstieg und Fall der großen Mächte*, Frankfurt/Main 1989.

² Vgl. Frank Deppe, *Jenseits der Systemkonkurrenz*, Marburg 1991 (2. Auflage), S. 146 ff.

³ Charles Krauthammer, *The unipolar moment*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 70 (1991), No. 1, S. 23 ff., hier S. 23.

die Arbeitslosigkeit nach oben (offiziell jetzt bei 7,5%) und verstärken den Druck auf die Realeinkommen. Die Massenarmut nimmt noch zu, während Sozialleistungen weiter abgebaut werden. Als Folge der Krise des Kasino-Kapitalismus der 80er Jahre » stürzen jetzt auch mehr und mehr Angehörige der Mittelklasse ins Bodenlose. Weil die Rezession vor allem im Dienstleistungsbereich wütet, haben 600.000 Angestellte ihren Job verloren⁴. Da aber in einem Jahr die Präsidentschaftswahlen anstehen, ist es unvermeidlich, daß die Auseinandersetzungen über die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik in den USA ins Zentrum der politischen Debatten rücken.

Der prominente amerikanische Wirtschaftsjournalist *Robert Kuttner*, der der Demokratischen Partei und offenbar ihrem kommenden »Star« Mario Cuomo, dem derzeitigen Gouverneur von New York, nahesteht, hat nun mit einer Programmschrift in diese Debatte eingegriffen.⁵

Drei Botschaften stellt er an den Anfang seiner Analyse mit dem Titel »Das Ende des Laissez-Faire«:

1 Der Zusammenbruch des Kommunismus bedeutet (das mag als Paradox erscheinen) keinesfalls den Sieg des ökonomischen Liberalismus (im Geiste von Adam Smith, der Neoklassik oder des Friedman'schen Monetarismus). Die starken kapitalistischen Staaten in der Weltwirtschaft – vor allem Japan und Deutschland (in der EG) – praktizieren ein System der »gemischten Wirtschaft« mit einem hochentwickelten System des Staatsinterventionismus, einer Kombination von freien und regulierten Märkten.

2 Mit dem Ende des Kalten Krieges haben die USA endgültig ihre Hegemonie in der kapitalistischen Welt verloren. Die Politik der USA muß daher den neuen Realitäten Rechnung tragen, die insbesondere durch eine Globalisierung der Märkte bei gleichzeitigem Verfall der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Wirtschaft gekennzeichnet sind.

3 »Amerikas Hingabe an Laissez-Faire als Ideal sowohl für die US-Wirtschaft als auch für die Weltwirtschaft ist zu einer schweren Gefahr geworden. Sie verhindert die Aufgabe, unsere strategischen Ziele in der Welt zu definieren, unsere eigene Wirtschaft wieder gesund zu machen und eine neue – tragfähige

und stabile – plurale, ökonomische Ordnung zu organisieren« /8, Seitenangaben im Text beziehen sich auf das Buch von Kuttner/.

Kuttner geht es in erster Linie um eine »nationale Wiederbelebung« der USA. Der Verfall bzw. Abstieg soll aufgehoben werden. Dazu muß mit zwei Axiomen gebrochen werden, die die amerikanische Außen- und Wirtschaftspolitik bislang bestimmt haben. Die USA müssen *erstens* von dem Anspruch auf eine hegemoniale Führungsrolle in der Weltpolitik und der Weltwirtschaft Abschied nehmen, d.h. auch vom Primat der Militärpolitik über die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im eigenen Lande. Zum *zweiten* muß die politische Führung der USA endlich begreifen, daß jedes weitere Festhalten an den Orthodoxien des (auf Adam Smith zurückgehenden) Neoliberalismus (»Laissez-Faire«) den Niedergang der USA noch beschleunigen wird. Schon jetzt – noch einmal bekräftigt durch die derzeitige Rezession – befindet sich die US-Wirtschaft in einem Zustand bzw. in einem Prozeß des »langsamen Ausblutens«, d.h. eines schrittweisen Verfalls der amerikanischen Position in der Weltwirtschaft, einer wachsenden Abhängigkeit von ausländischem Kapital und Technologie, einem unauffälligen Niedergang der Produktivität und des Lebensstandards /282/.

Die Ursachen dieser Niedergangs werden von Kuttner nicht allein – wie bei Paul Kennedy – auf den »imperial overstretch«, d.h. auf den überproportionalen Anstieg der Rüstungsausgaben im Verhältnis zum wirtschaftlichen Leistungspotential, zurückgeführt. Die USA wurden nach 1945 – bzw. mit dem Beginn des Kalten Krieges – nicht nur militärische Führungsmacht des Westens, sondern auch ökonomischer Hegemon, der »die Weltwirtschaft mit Kapital, Liquidität und militärischem Schutz versorgte«. Für den Welthandel propagierten die USA (vor allem im Rahmen des GATT) das System des Freihandels, der über den US-Dollar als quasi Weltgeld (nach dem System von Bretton Woods, 1944) reguliert wurde. Gleichzeitig akzeptierten die USA nach innen eine keynesianische Wirtschaftspolitik – nicht allein auf dem Gebiet der Militärausgaben, sondern auch beim Aufbau von Elementen des Wohlfahrtsstaates. Und sie akzeptierten schließlich, daß ihre Verbündeten in Japan und Westeuropa in der Rekonstruktionsperiode nach 1945 dem Staat einen großen Einfluß auf die Wirtschaft

zugestanden.

Die Kosten dieser Hegemonie für die USA wurden erst in den 60er und frühen 70er Jahren – bis zum Zusammenbruch des Bretton Woods Systems 1971-73 – spürbar. Währungskrisen, wachsende Zahlungsbilanzdefizite, innere soziale und politischen Krisen, das Vietnam-Desaster usw. deuteten den Niedergang schon an. Schon damals war im Grunde eine Anpassung an die neuen Bedingungen notwendig; denn auf dem Weltmarkt hatten sich Japan und Deutschland längst zu mächtigen wirtschaftlichen Konkurrenten entwickelt, die freilich nicht bereit waren, die Last der militärischen Aufwendungen mit den USA zu teilen.

Wichtiger war allerdings, daß sich die USA im Zeichen des Ost-West-Gegensatzes weigerten, ihre Politik zu ändern. Schlimmer noch – unter Ronald Reagan setzte sich in den 80er Jahren eine aggressive neoliberale Ideologie und Politik durch, die zeitweilig Euphorie zu erzeugen vermochte, letztlich aber den Niedergang der USA forcierte. Die neue Politik brach mit dem keynesianischen, sozialstaatlichen Gesellschaftsvertrag. Damit trieb sie einen Keil zwischen die unteren und oberen Schichten der Arbeiterklasse und zerstörte nicht allein die Machtbasis der Gewerkschaften, sondern zugleich jenes Klassenbündnis, das die soziale Basis eines – wie Kuttner im Blick auf die USA betont – politischen Mitte-Links-Bündnisses gebildet hatte /80f./.

Die Hochzinspolitik unter Reagan – gekoppelt mit Deregulierungsmaßnahmen, Steuersenkungen für die Reichen, Abbau von Sozialleistungen und einer Liberalisierung des Kapitalverkehrs – hatte letztlich katastrophale Folgen für die USA und die Weltwirtschaft (dies erläutert Kuttner ausführlich am Beispiel der Schuldenkrise der Dritten Welt und der Politik des IWF, die er als »Laissez-Faire-Konterrevolution« bezeichnet, /239 ff./). Der Dollar wurde immer anfälliger und schwächer (in letzter Instanz als Ausdruck der schwächer werdenden Produktivität der US-Ökonomie), das Staatsdefizit wuchs in gigantische Dimensionen, die Abhängigkeit von ausländischen Krediten und Direktinvestitionen nahm sprunghaft zu, die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Industrie verfiel immer mehr, während Deutschland und Japan immer stärker wurden. Diese Überlegenheit ist nicht allein auf die Wettbewerbsfähigkeit zurückzuführen, wie sie sich in den Exporten, den Handelsbilanzüberschüssen und

in der Stabilität der Währungen ausdrückt. Kuttner hebt ausdrücklich hervor, daß letztlich das jeweilige *Regulationsmodell* der Produktionsverhältnisse (in Japan: der Korporatismus mit einem hohen Staatseinfluß bei der Industriepolitik; in Deutschland: hoher Staatseinfluß plus ein stabiles sozialpartnerschaftliches Modell der industriellen Beziehungen) dieser Überlegenheit zugrunde liegt. Damit bestätigt er (ohne sich explizit darauf zu beziehen) theoretische Positionen, die – wie z.B. Robert Cox im Anschluß an Antonio Gramsci – die hegemoniale Kapazität eines Staates in der internationalen Politik und Wirtschaft von dem jeweiligen Typ der Regulation der gesellschaftlichen Verhältnisse ableiten⁶.

Kuttner rechnet also gründlich mit den Irrtümern, den Fehlentscheidungen und der Interessenbindung des Neoliberalismus (an den militärisch-industriellen Komplex sowie an das Finanzkapital) ab. Die Politik des Laissez-Faire – verbunden mit dem Anspruch auf die Bewahrung der Weltpolizistenrolle – hat die Krise des US-Kapitalismus verstärkt. Schon hat es sich bitter gerächt, daß die Vernachlässigung der Real- sowie der Sozial- und Infrastrukturinvestitionen zugunsten der spekulativen Finanzinvestitionen in den 80er Jahren bewußt durch die Deregulierung der Banken und die Liberalisierung der Finanzmärkte gefördert wurde.

»Zurück zu Keynes!« fordert Kuttner. Für die Weltwirtschaft müssen Regime zwischen den USA, Japan und Deutschland (bzw. der EG) etabliert werden, die – bei Anerkennung der nationalen bzw. regionalen Interessen – den internationalen Handel, die monetären Beziehungen, Forschung und Technologie, die Schuldenkrise, Sicherheitsfragen und schließlich die immer wichtiger werdende Umweltpolitik einer gemeinschaftlichen Kontrolle unterwerfen und dabei zugleich – »multipolar« – weltpolitische Verantwortung teilen (also: Abschied von der unipolaren Hegemonie der USA). Nur über solche neuen, globalen Spielregeln kann Raum geschaffen werden für ein Programm des »nationalen Wiederaufbaus« in den USA selbst.

Die Amerikaner müssen daher ihre Antipathie gegen staatliche Planung, gegen Staatsinterventionismus als vermeintliche Schranke individueller Freiheit, aufgeben. Der nationale Wiederaufbau verlangt nach dem Irrtum der Deregulierung eine konsequente Politik der *Re-Regulation*.

Deren Bestandteile sind /269 ff./:

- Kampf gegen die Bildungs- und Ausbildungskatastrophe; Verbesserung der Qualifikation des Arbeitskörpers als entscheidende Voraussetzung der Steigerung der nationalen Produktivität;
- Stabilisierung der Kapitalmärkte; Abkehr vom Kasino-Kapitalismus; Anpassung der Kapitalmärkte an die langfristigen Innovationsbedürfnisse der Industrie;
- Entwicklung einer neuen Technologie- und Industriepolitik, die nicht länger dem allmächtigen Diktat des Pentagons unterworfen ist;
- eine Reform des Systems der industriellen Beziehungen nach dem Vorbild des »deutschen Modells«;
- Anerkennung einer gründlichen Rekonstruktion der verfallenden Infrastruktur (Verkehr, Wohnverhältnisse, Gesundheitssystem usw.);
- radikale Veränderung der Steuerpolitik, die die Sparrate vor allem bei den mittleren und unteren Einkommen erhöhen soll.

Kuttners Plädoyer für die Rückkehr zu Keynes erinnert immer wieder an Grundeinsichten, die nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise nach 1929 Allgemeingut der Sozialwissenschaften wie der Politik waren. Reine Marktssysteme produzieren gefährliche Instabilitäten. Sie verfügen über keine selbstregulierenden, stabilisierenden Mechanismen, die eine sozial verteidigungswerte Allokation der Einkommen und der öffentlichen Güter (Gesundheit, Bildung, Forschung usw.) gewährleisten. Deshalb muß die »invisible hand« des Marktes (Adam Smith) stets auch durch die »visible hand« des Staates (Keynes) ergänzt und korrigiert werden – national wie international /262f./.

In diesem Zusammenhang hebt Kuttner immer wieder hervor, daß der Nationalstaat – auch für die Gestaltung der internationalen Beziehungen – der entscheidende Akteur und Adressat der Politik geblieben ist.

Robert Kuttner's »End of Laissez-Faire« ist eindeutig auf die inneren sozialen und politischen Kräftekonstellationen in den USA zugeschnitten. Für die 90er Jahre sieht er die Herausbildung einer »Anti-Laissez-Faire-Koalition« von Liberalen und Gewerkschaftern, aber auch von Unternehmern und Bankiers, die begriffen haben, daß in einer kapitalistischen Ökonomie ein entwickelter Staatssektor ein Garant für Wachstum, Stabilität, Produktivität und Wohlstand ist /283/. Seine Analysen des japanischen und des deutschen bzw. des EG-Kapitalismus dienen eher dazu, die Amerikaner

aufzuschrecken⁷. Dabei übersieht er, daß auch dort – und zwar nicht nur in Großbritannien – der Neoliberalismus wirtschaftliche, soziale und ökologische Schäden angerichtet hat, um deren Überwindung in den nächsten Jahren gekämpft werden muß.

Außerdem unterschätzt Kuttner die gewaltigen Aufgaben, mit denen angesichts der internationalen Finanzknappheit und der öffentlichen Verschuldung jede Politik und Programmatik der Re-Regulation konfrontiert wird. Es geht dabei längst nicht mehr um eine bloße Neubewertung der Prioritäten der staatlichen Ausgaben- und Haushaltspolitik, sondern – allgemeiner – um eine politische Neubewertung der Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums – in nationalen wie in internationalen Dimensionen. Dennoch sollte das Signal aus den USA auch hierzulande nicht überhört werden. Der Neoliberalismus ist gescheitert – das Projekt einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Modernisierung entwickelter kapitalistischer Gesellschaften kann er längst nicht mehr hegemonial repräsentieren. Das Programm der Re-Regulation wird in den kommenden Jahren zum entscheidenden Kampffeld der politischen und sozialen Kräfte werden. ♦

⁴ Christian Tenbrock, Der amerikanische Alptraum. Riesige Schulden und viele Pleiten stürzen die Wirtschaft in eine tiefe Krise, in: Die Zeit, 8. November 1991, S. 41.

⁵ Robert Kuttner, The End of Laissez-Faire. National Purpose and the Global Economy after the Cold War, New York: Alfred A. Knopf 1991.

⁶ Vgl. dazu Robert W. Cox, Production, power, and world order. Social forces in the making of history, New York 1987; Robin Jacobitz, Antonio Gramsci – Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik, FEG-Arbeitspapier Nr 5, Marburg 1991; Frank Deppe, Jenseits der Systemkonkurrenz, a.a.O., S. 205 ff.

⁷ Dabei argumentiert er freilich nicht so reißerisch wie der amerikanische Journalist Daniel Burstein, Weltmacht Europa. Die Öffnung des Ostens und der europäischen Binnenmarkt verändern das Kräfteverhältnis in der Welt, München 1991. Auch Burstein behandelt die strategischen Schwächen des amerikanischen Kapitalismus und spricht von der »Erkenntnis, daß 1) Präsident Reagans Wirtschaftspolitik in fast allen Punkten für eine merkliche Verschlechterung des jeweiligen Problems verantwortlich war, und 2) Japan und Deutschland in den 80er Jahren in fast allen Punkten eine genau entgegengesetzte Politik trieben« /117/.